

# bdvb Leitlinien anlässlich der Bundesmitgliederversammlung am 14.11.2015 in Nürnberg

## PRÄAMBEL

Als unabhängiger und größter Verband der Wirtschaftsakademiker Deutschlands bekennt sich der Bundesverband deutscher Volks- und Betriebswirte zu seiner Verantwortung, die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land aktiv und positiv mitzugestalten. Bürger und Verbände sind aufgefordert, sich in den politischen Diskurs einzubringen und für das Gemeinwohl zu engagieren. Gerade in Zeiten niedriger Wahlbeteiligungen, nachlassender Bindungen zu Kirchen, Vereinen und Parteien sowie einer allgemein feststellbaren Abwendung von politischen Geschehnissen sind Menschen und Institutionen von Bedeutung, die an wichtigen gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen, diese vorantreiben und erklären.

Der Bundesverband deutscher Volks- und Betriebswirte ist unparteiisch, aber nicht unpolitisch. Als Verband der Ökonomen sieht er sich in der Verpflichtung, seinen ökonomischen Sachverstand in den öffentlichen Debatten einzubringen. Er positioniert sich im medialen Diskurs, indem er Entscheidungen auch im Lichte betriebs- und volkswirtschaftlicher Aspekte ausgewogen beleuchtet. Er sieht sich als notwendiges Korrektiv dort, wo die wirtschaftswissenschaftlichen Zusammenhänge keine ausreichende Berücksichtigung finden, ignoriert oder gar geleugnet werden.

In der vorliegenden Erklärung vom 14.11.2015 stellt der Bundesverband deutscher Volks- und Betriebswirte Leitlinien auf, die einen grundsätzlichen Charakter aufweisen, so dass tagespolitische Ableitungen jederzeit erfolgen können. Ökonomische Sachverhalte spiegeln sich insbesondere in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wider, weshalb sich die Nürnberger Erklärung des Bundesverbands deutscher Volks- und Betriebswirte auf diese drei Politikfelder bezieht.

## I. WIRTSCHAFTSPOLITIK

### Wachstum

Grundlage für die Erhaltung und Steigerung des Wohlstands einer Volkswirtschaft ist stetiges **Wirtschaftswachstum**. Wirtschaftswachstum sichert bestehende Arbeitsplätze, schafft neue Arbeitsplätze und führt zu höheren Einkommen. Deutschland verfügt über eine starke, auch im Export sehr erfolgreiche Wirtschaft. Weltbekannte Marken sind hierzulande beheimatet und stehen global für Qualität und technischen Fortschritt. Deutschland muss als **Wirtschaftsstandort** attraktiv bleiben. Belange der Wirtschaft müssen in Entscheidungsmechanismen angemessene Berücksichtigung finden. Von einer erfolgreichen Wirtschaft profitieren alle Bürger: Sie vergrößert die finanzielle Basis u.a. für öffentliche Investitionen und für politisch gewünschte Umverteilung.

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland mehr als viele andere Volkswirtschaften auf den Erfindergeist seiner Bürger angewiesen. Nur durch Spitzenleistung bei Forschung und Entwicklung sowie den daraus resultierenden **Innovationen** und Patenten kann man im internationalen Wettbewerb bestehen. Grundlage hierfür ist ein höchstmögliches Bildungsniveau in unserem Land. Es ist Kernaufgabe des Staates, optimale Rahmenbedingungen für einen hohen Bildungsstand der Bevölkerung sicherzustellen. Wirtschaftswachstum entsteht, wenn jeder seine Potentiale optimal nutzt. Eine Gesellschaft entwickelt sich insbesondere dann schöpferisch-dynamisch, wenn das Prinzip der **Chancengleichheit** eingehalten wird. Nur dann werden Werte wie Fleiß und Zuverlässigkeit bei jedem Mitglied der Gesellschaft in fairem Maße honoriert. Und nur dann entfalten sich Leistungsanreize zum Wohle aller. Deutschland ist das Land der Möglichkeiten. Konsequente Chancengleichheit ist die Grundlage für eine optimale Ressourcenallokation.

**Kleinen und mittleren Unternehmen** kommt als Rückgrat unserer Volkswirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Kaum eine andere Industrienation der Welt verfügt über einen solch ausgeprägten Mittelstand wie Deutschland. KMUs stehen – zu Unrecht – häufig nicht im öffentlichen Scheinwerferlicht und sind daher oft auch nicht in der Lage sich genauso effizient Gehör zu verschaffen wie Großunternehmen. Die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen sind gleichberechtigt mit denen der Großunternehmen zu berücksichtigen-

Unnötige Bürokratie bremst die wirtschaftliche Betätigung von Unternehmen. Abbau von Bürokratie hat zur Folge, dass Unternehmen sich auf Investitionen, Innovationen, Arbeitsplätze und Ausbildung konzentrieren. **Bürokratieabbau** bedeutet aber auch, dass die staatlichen Verwaltungsebenen effizient arbeiten können und Steuergelder sinnvoll einsetzen können. Bürokratie bremst Wachstum, weshalb Regulierung auf ein notwendiges Maß reduziert werden muss.

## Wettbewerb

Die **soziale Marktwirtschaft** ist seit Jahrzehnten das Erfolgsmodell für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Sie verbindet Freiheit mit Sicherheit, also dem Prinzip des freien Marktes und sozialem Ausgleich. Zentraler Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard ist das Element des freien Wettbewerbs. Funktionierender **Wettbewerb** stellt sicher, dass die Verbraucher im Zentrum unternehmerischer Entscheidungen stehen. In noch immer zu vielen Wirtschaftsbereichen sind aus unterschiedlichsten Gründen Wettbewerbsbeschränkungen vorhanden.

Wettbewerb ist unvereinbar mit offenen und verdeckten **Monopolen**. Wenn Konkurrenz in der Güterproduktion und bei Dienstleistungen ausgeschaltet wird, ist das Preisniveau i.d.R. relativ hoch und die Qualität bzw. der Service relativ schlecht. Eine wesentliche Aufgabe staatlicher Wettbewerbspolitik ist es, monopolartige Ausprägungen zu erkennen und dagegen vorzugehen.

**Subventionen** haben in der Regel schädliche Folgen. Sie verzerren Preise und damit den Wettbewerb, indem sie Subventionsempfänger gegenüber potentiellen und realen Wettbewerbern privilegieren. Außerdem können sie einen notwendigen Strukturwandel verzögern, weil sie Anpassungen entbehrlich machen. Wettbewerbsverzerrungen aller Art sollten reduziert werden zu Gunsten der Allgemeinheit.

Aufgabe des Staates ist es, Märkte offen zu halten bzw. für den Wettbewerb zu öffnen. Ein marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen mit offenen Märkten und funktionierendem Wettbewerb ist eine wesentliche Voraussetzung und der beste Garant für Wachstum, Innovation und Beschäftigung in einer Volkswirtschaft. Der **Staat** sollte in funktionierenden Märkten die wirtschaftliche Betätigung weitestgehend privaten Akteuren überlassen. Er sollte sich auf die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen beschränken, die der Markt nicht oder nur unzureichend bereitstellen kann. Nur im Falle eines Marktversagens sollten staatliche Eingriffe in Frage kommen.

## Außenwirtschaftspolitik

Der Großteil des Wohlstands unserer Welt beruht auf internationaler **Arbeitsteilung**. Ohne sie wären viele Produkte teurer. Auch Deutschland hat eindeutig von der Globalisierung profitiert. Länderübergreifender Handel und globale Wertschöpfungsketten bieten große Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen kann für alle beteiligten Länder Wohlstandseffekte zur Folge haben. Ein wichtiger Schritt für einen funktionierenden **Freihandel** ist die Vereinheitlichung von Normen, Rechtsrahmen und Richtlinien. Die Öffnung von Märkten gegenüber weniger entwickelten Ländern ist ein wirksames entwicklungspolitisches Instrument. Der Abbau von Zöllen, Handelsbeschränkungen, Subventionen usw. muss abgesehen von ökonomischen Aspekten schon alleine aus Verantwortung gegenüber **Entwicklungsländern** erfolgen.

Bei allen außenwirtschaftlichen Fragestellungen darf das **Primat der Politik** vor Wirtschaftsinteressen bei Menschenrechtsangelegenheiten und bei Verstößen gegen das Völkerrecht nicht in Frage gestellt werden.

## II. FINANZPOLITIK

### Steuerpolitik

Steuereinnahmen stellen bei Weitem die größte Finanzierungsquelle des Staates dar.

Nichtsdestotrotz muss eine Besteuerung stets mit Augenmaß erfolgen. Eine **leistungsorientierte und gerechte Steuerpolitik** sollte das Ziel staatlichen Handelns sein. Unverhältnismäßig hohe Progressionsstufen können eine hemmende Wirkung auf den Beschäftigungsgrad haben.

Elementarer Bestandteil einer gerechten Steuerpolitik ist die **nachhaltige Beseitigung der kalten Progression**, da diese für Arbeitnehmer eine zusätzliche Belastung darstellt sowie zu einer Schwächung der privaten Konsumausgaben führt. Eine Anpassung der Einkommensbesteuerung an die Inflationsentwicklung ist notwendig, um einen realen Kaufkraftverlust zu verhindern.

**Steuervereinfachungen** für alle Einkunftsarten einhergehend mit einer strikten **Reduzierung von Ausnahmetatbeständen** im Steuerrecht tragen zu einer effizienteren Finanzverwaltung bei und führen gleichzeitig im Sinne des Bürokratieabbaus zu einer Entlastung von Unternehmen und Haushalten.

Bei der Umsatzsteuer sollte der ermäßigte Mehrwertsteuersatz nur noch in Ausnahmefällen angewendet werden. Zur Steuervereinfachung zählt auch die konsequente **Abwägung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses** der jeweiligen Steuerart bezüglich Steueraufkommen, Verwaltungsaufwand und ihrer intendierten Steuerungswirkung. Steht der Aufwand für die Steuererhebung (Bürokratie und Kosten) in keinem vernünftigen Verhältnis zu deren Ertrag bzw. Wirkung, sollte die jeweilige Steuer abgeschafft oder in andere bestehende Steuertatbestände integriert werden.

Generell sind die Steuerbelastung und das gesamte Steuersystem für die Standortentscheidung von Unternehmen wesentlich. Diese sind national - vor allem aber international - **wettbewerbsrelevante Niederlassungskriterien**.

### Staatsfinanzen und Staatsverschuldung

Um nachhaltig ein hohes Maß an Wohlstand, Wachstum und gesellschaftlicher Stabilität zu gewährleisten, sind solide Staatsfinanzen eine bedeutende Voraussetzung. Bund, Ländern und Gemeinden obliegt die **strikte Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse**.

Diese kann ihre Wirkung nur dann vollumfänglich entfalten, wenn **keine Auslagerungen von Verbindlichkeiten in „Schattenhaushalte“** oder Umverteilungen zu Lasten künftiger Generationen und parafiskalischer Systeme (insbesondere den Sozialversicherungen) erfolgen.

Vor allem in Zeiten starken Wirtschaftswachstums mit **steigenden Staatseinnahmen** sollten diese **vorrangig zum Schuldenabbau** genutzt werden, um in konjunkturellen Abschwüngen über ausreichend finanziellen Spielraum für staatliche Investitionen zu verfügen.

Generell sollte zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung die **Rückführung von nicht-investiven Staatsausgaben** Vorrang haben vor Maßnahmen zur Vergrößerung der Einnahmeseite (beispielsweise Steuererhöhungen). Der **Länderfinanzausgleich** hat das Ziel, überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Nichtsdestotrotz muss dieser Ausgleich **dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit folgen**. Geberländer sollten einen angemessenen Anteil zusätzlicher Einnahmen behalten können, als Anreiz, effizient zu haushalten. Gleichzeitig müssen Nehmerländer in die Lage versetzt werden Altschulden tilgen zu können.

Eine allgemein **höhere Finanzautonomie der Länder**, insbesondere in Bezug auf Steuerhebesätze, kann zusätzliche Impulse im Standortwettbewerb geben und die Haushaltsdisziplin erhöhen. Als effizienteres Instrument zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse **sollten gesamtgesellschaftliche Aufgaben stärker in Bundeskompetenz** gegeben werden. Hierfür müssen bei Bedarf die Kommunen durch zweckgebundene Bundesmittel in die Lage versetzt werden, derartige Aufgaben auszuführen.

### Geld- und Währungspolitik

Die Eurokrise zeigt, dass Gesetze und Verträge in Krisensituationen sehr weit ausgelegt oder unter bestimmten Umständen sogar ignoriert werden können. Aus diesem Grund ist eine Fokussierung **der EZB auf das Prinzip der Geldwertstabilität** mit einer Beschränkung auf Maßnahmen der Geldpolitik geboten. Dazu bedarf es einer **politischen Unabhängigkeit der Notenbank** im Rahmen ihrer Vorgaben. Weiterhin sollte die in den europäischen Verträgen bestehende „**No-Bailout**“ Klausel unter dem Aspekt einer langfristig und nachhaltig stabilen Eurozone konsequent Anwendung finden.

### Kapitalmärkte und Banken

Infolge der im Jahr 2007 beginnenden Bankenkrise wurden Kapitalmärkte und Finanzinstitute stärker reguliert, was sich nicht immer als wirkungsgerecht erwiesen hat. Eine **zielgenauere Regulierung** ist geboten. Die Bankenkrise zeigt, dass **politischer Einfluss auf die Verwaltungsräte** u.a. bei den Landesbanken zu falschen Unternehmensentscheidungen führen kann. Der Einfluss der Politik ist daher **zu minimieren**. Eine **Zusammenlegung der Landesbanken** sowie deren **Privatisierung** sind anzustreben.

In Deutschland sind bisher viele Unternehmen überwiegend von der Bankenfinanzierung abhängig. Zur Erweiterung der Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen soll der **Zugang zu den Kapitalmärkten**, insbesondere den Aktien- und Anleihemärkten, **vereinfacht** werden.

Gleiches gilt für die Finanzierung von Firmengründungen (Start-Ups). Für Risikokapitalgeber (Venture-Capital-Gesellschaften) sollten unter dem Aspekt der **Innovationsförderung** Anreize geschaffen werden, langfristig in solche Firmen zu investieren. Eine **höhere Kosten- und Gebührentransparenz** sowie eine bessere **Aufklärung und Information über Anlageformen** führen zu einer größeren Mündigkeit der Bevölkerung in Finanzfragen und damit zu einem besseren Anlegerschutz. Dokumentations- und Informationspflichten in der Anlageberatung sind hierbei auf das Wesentliche zu beschränken. Anleger, die für eine höhere erwartete Rendite höhere Risiken eingehen, haben ihre Verluste grundsätzlich selbst zu tragen und keine Kompensationen über die gesetzlich bestehenden Regelungen hinaus zu erwarten.

## III. SOZIALPOLITIK

Die zentrale Herausforderung aller sozialpolitischen Bereiche stellt der demografische Wandel dar.

### Sozialversicherung

Das deutsche Sozialversicherungssystem soll sich insbesondere auf die Abdeckung existenzieller Risiken konzentrieren – Bagatellrisiken sind nachrangig zu berücksichtigen.

Um die finanzielle Situation der Sozialversicherung nachhaltig zu stärken, ist eine klare Trennung zwischen den Sozialversicherungszweigen einerseits und den öffentlichen Haushalten andererseits geboten. Dies verbietet vor allem kurzfristige Maßnahmen zur Beitragsstabilisierung oder Haushaltskonsolidierung, die mittel- bis langfristig den Sozialkassen schaden bzw. deren Leistungserbringung beeinträchtigen. Zusätzlich sollten geeignete Anreize für die Versicherten geschaffen werden, um eine solide Finanzbasis durch Begrenzung der Ausgaben zu sichern.

Weiterhin ist der Aufbau eines Kapitalstocks in den verschiedenen Sozialversicherungszweigen anzustreben.

## Krankenversicherung

Einheitskassen sind abzulehnen. Zur Stärkung des Wettbewerbs müssen die Versicherten die Wahl zwischen verschiedenen Versicherungen und Leistungserbringern haben (Wettbewerb um Qualität und Kosten). Zersplitterungen sind dabei zu vermeiden.

Als Folge des demografischen Wandels und des stetigen medizinischen Fortschritts müssen – zur Sicherstellung einer soliden GKV-Finanzierung – zwangsläufig entweder die GKV-Leistungen angepasst bzw. vermehrt Selbstbeteiligungen eingeführt werden oder die Beiträge mittelfristig steigen. Die Politik und die Selbstverwaltungen sind aufgefordert, eine flächendeckende medizinische Versorgung sicherzustellen.

## Rentenversicherung

Die Gesetzliche Rentenversicherung muss der Generationengerechtigkeit verpflichtet sein. Insbesondere der gestiegenen Lebenserwartung ist Rechnung zu tragen; Ausnahmeregelungen sind zu vermeiden.

Die private und betriebliche Altersvorsorge ist zu fördern.

Notwendig ist die Einführung einer teilweisen Kapitaldeckung öffentlicher Pensionen. Künftige Defizite sind bei der Schuldenbremse zu berücksichtigen.

## Arbeitslosenversicherung

Das bestehende System aus Fördern und Fordern ist grundsätzlich beizubehalten.

Es müssen ausreichende materielle Anreize geschaffen werden, auch geringer vergütete Arbeit anzunehmen.

## Arbeitsmarkt-/Einwanderungspolitik

Deutschland muss um hochqualifizierte Zuwanderer werben und gezielt Menschen anwerben, deren Qualifikationen auf dem deutschen Arbeitsmarkt benötigt werden. Der Integrationsprozess der Zuwanderer ist zu fördern und einzufordern. Die berufliche Chancengleichheit für Männer und Frauen muss selbstverständlich sein, deren Umsetzung ist gleichermaßen Auftrag an Staat und gesellschaftliche Akteure (insbesondere Arbeitgeber). Das Angebot von Ausbildungs-, Studien- und Fortbildungsplätzen soll sich an den gesellschaftlichen sowie den arbeitsmarktbezogenen Bedürfnissen orientieren.

## Bildungspolitik

Der relative Anteil der Bildungsinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt ist zu erhöhen. Alle Bürger müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die gleichen Chancen erhalten. Frühkindliche Förderung ist in Qualität und Quantität auszubauen. Inklusion sollte in unserer Gesellschaft selbstverständlich sein.

## Familienpolitik

Eine familienorientierte Steuerpolitik muss den Fokus auf die Förderung von Haushalten mit Kindern legen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist zu fördern.